

Stellungnahme der SPD-Fraktion

zum Haushalt der Stadt Gernsbach 2022
31.01. 2022



Sehr geehrte Damen und Herren,

zum dritten Mal prägt nun die Corona-Pandemie schon die Aufstellung und Verabschiedung des städtischen Haushaltes. Inzwischen haben wir uns an die Corona-Bedingungen gewöhnt und haben sie als Normalität akzeptiert. Statt Austausch in den Ausschüssen bereiten wir uns mit Online-Informationen und Meetings auf die Gemeinderatssitzungen vor. Die Beschlussfassungen finden unter Beachtung von Abstands- und Hygieneauflagen im spröden Charme der Stadthalle statt. Die Gremienarbeit ist auf das Nötigste reduziert.

Die auf uns künftig noch zukommenden finanziellen Auswirkungen der Pandemie sind in ihrem ganzen Ausmaß heute noch nicht abzusehen. Erst dieser Tage hat das Institut der Deutschen Wirtschaft vermeldet, dass durch Corona in den letzten beiden Jahren ein Ausfall von 350 Milliarden in der Wertschöpfungskette zu verzeichnen ist.

In Bezug Hinblick auf die Stadt Gernsbach zeigt sich jetzt schon: Es gibt Mehrausgaben an vielen Stellen – und weniger Einnahmen an anderen Stellen. Die Auswirkungen auf aktuellen Haushalt sind enorm.

Daher hat die SPD-Fraktion beschlossen, in diesem Jahr keine Anträge zu stellen. Solange Corona die Politik in unserem Land bestimmt, erscheint es uns in der aktuellen Situation nicht angebracht, der Verwaltung zusätzliche Aufgaben aufzuerlegen. Die Pandemie fordert die Verwaltung in erheblichem Maße. Wir als SPD-Fraktion schätzen ihre Arbeit und unterstützen sie bei der Ausübung- mit unserem Respekt und unserem Vertrauen.

Angespannte Finanzsituation

Das Gesamtergebnis für das vergangene Jahr schloss dank vielfältiger Bemühungen der Verwaltung Einnahmen zu generieren und Ausgaben zu reduzieren mit einem Saldo von - 160.000 Euro, also fast mit einer Punktlandung. Im Jahr 2022 sind Investitionen von rund 11 Millionen geplant, eine Kreditaufnahme von rund 3,4 Millionen wird dafür nötig sein.

Trotz aller Sparzwänge sind im aktuellen Haushalt eine Reihe wichtiger Projekte abgebildet. Wir halten die Prioritätensetzung der Verwaltung auf die Bereiche Bildung, Erziehung und Hochwasserschutz für sinnvoll und tragen sie mit.

Größte Posten sind die energetische Sanierung der Realschule sowie Hochwasserschutzmaßnahmen mit 6,4 bzw. 6,3 Millionen Euro.

Dazu fließen rund 400 000 Euro an die Kita Rockerstrolche in Hilpertsau. 1,8 Millionen stellen wir für Sanierung von Fachräumen in den Schulen zur Verfügung.

Der Haushalt ist wie schon im letzten Jahr auf Kante genäht. Es finden sich nur die dringendsten Aufgaben wieder. Die Unterhaltung der städtischen Gebäude und der Straßen beschränkt sich auf das Notwendigste. Das kann aber nicht ewig so weitergehen. Allzu viel Aufschieben und Vernachlässigung führen zu mehr Verschleiß und höheren Kosten – und das nicht nur aufgrund der aktuell stark steigenden Preis beim Bau.

Bedeutende Projekte machen Fortschritte

Trotz aller Sparzwänge wurden und werden wichtige Projekte vorangetrieben. Für den Wörthgarten wurde endlich Baurecht geschaffen! Hochwasserschutz und die verkehrliche Anbindung des städtbaulichen Großprojektes sind auf den Weg gebracht.

Schon bald wird der neu eingerichtete Arbeitskreis Verkehr seine Arbeit aufnehmen. Von ihm erwarten wir, dass er die alt bekannten Defizite - allen voran für Radfahrer und Fußgänger- behebt.

Der **Altstadtentwicklungsprozess** ist trotz Corona gut vorangekommen. Aus den Anregungen zweier Bürgerwerkstätten und der Arbeit einer Steuerungsgruppe wurde ein Rahmenplan entwickelt, den der Gemeinderat im November 2021 beschloss. Erst wichtige Maßnahme ist die Verkehrsberuhigung, die es sukzessive umzusetzen gilt. Sie steigert die Lebensqualität der Bewohner und Aufenthaltsqualität der Besucher.

Die Altstadt wurde als Sanierungsgebiet ausgewiesen, das Förderung aus Landesmitteln erhält. Es besteht nun die große Chance, die Altstadt wieder zum Markenkern unserer Stadt und „zur Perle des Murgtals“ zu machen.. Die Altstadt ist ein wichtiges Element der Identität der Stadt und Bürger von Gernsbach. Und sie birgt ein großes, noch nicht ausgeschöpftes Potential für den Tourismus.

Jugendarbeit

Mit der Neukonzeption der Jugendarbeit - baulich und auch pädagogisch- wurde ein für uns wichtiges Thema in Angriff genommen. In Zusammenarbeit des IB mit unseren Schulen, Schulsozialarbeiter*innen und Vereinen können wir unseren Kindern und Jugendlichen Räume für eine gute Entwicklung schaffen. Die Ortsteile und deren Vereine und Institutionen, wie bspw. etwa die Bauwagen, dürfen hierbei nicht außen vor sein. Ihre wertvolle Arbeit muss weiterhin unterstützt werden.

Neben Rückzugsorten speziell für unsere jungen Gernsbacherinnen und Gernsbacher setzen wir uns dafür ein diesen eine Stimme zu geben, welche wir als Gemeinderäte der SPD-Fraktion auch hören werden. Sichere Radwege zu unseren Schulen sind uns ein Anliegen. Wenn mehr Schüler und Schülerinnen eigenständig und sicher zur Schule kommen können, hilft das Eltern, Schülern und auch der Umwelt.

Große Aufgaben stehen an

Bei der **Grundschule** der Von-Drais-Schule muss sehr bald eine Entscheidung für den Standort eines Neubaus getroffen werden. Und dann muss umgehend an der Planung und Umsetzung gearbeitet werden, um ab dem Schuljahr 2026/2027 den Anspruch von Grundschulern auf Ganztagsbetreuung nachkommen zu können.

Große kommunale und zwingend notwendige Bauprojekte wie die Sanierung von Rathaus und Bauhof können wir aktuell nicht stemmen, obwohl sie für die städtische Aufgabenwahrnehmung unerlässlich sind. Wir dürfen sie nicht aus den Augen verlieren.

Wohnbaupolitik

Für uns als SPD ist klar, dass das Thema „Bauen“ – insbesondere die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum - in Gernsbach deutlich mehr Bedeutung verdient. Wir brauchen mehr Wohnraum.

Ungeachtet der durchaus unterschiedlichen Definitionsmöglichkeiten des Begriffes „bezahlbar“ ist eins unbestritten: Bezahlbarer Wohnraum funktioniert nur, wenn mindestens so viel Wohnraum geschaffen wird, wie die Nachfrage es verlangt. Dies gelingt uns derzeit nicht.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass wir Wohnraum für alle Mitglieder der Gernsbacher Gesellschaft, unabhängig von ihrer Einkommenssituationen, schaffen und diese Bestrebung gemeinwohlorientiert umsetzen. Die Einführung eines Quotenmodells für das gesamte Stadtgebiet, das bei

Wohnungsneubauvorhaben einen verpflichtenden Anteil von preisgünstigen Mietwohnraums nach § 11 BauGB festsetzt, könnte direkt und unmittelbar bei Schaffung von Baurecht und Verkauf von städtischen Grundstücken für bezahlbaren Wohnraum sorgen.

Langfristig gesehen muss die Akteurslandschaft auf dem Wohnungsmarkt aktiv weiterentwickelt werden, sodass neben Staat, Kommune und privaten Akteuren auch örtliche große Arbeitgeber ihre Möglichkeiten erkennen und tätig werden („Wirtschaft macht Wohnen“).

Wir erachten es für notwendig, den Wohnungsbestand sozial verträglich weiterzuentwickeln und zu erhalten. Die Umsetzung dieser Ziele und Maßnahmen kann unserer Meinung nach nur durch Schaffung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft gelingen. Für die SPD ist Wohnen ein Grundbedürfnis und Menschenrecht, dem wir mehr Bedeutung zukommen lassen müssen.

Ebenso müssen mehr Anstrengungen von Seiten der Stadt im Bereich es sich mit dem Umwelt- und Klimaschutz unternommen werden.

Die vielen unerledigten und neu dazukommenden Aufgaben werden die Finanzsituation in Zukunft nicht einfacher machen, eher noch viel schwieriger. Wir werden nicht umhinkommen, eine Strukturdebatte zu führen. Alljährlich hören wir vom Kämmerer: Gernsbach lebt über seine Verhältnisse. Die Stadt leistet sich Mehrfachstrukturen. Diese verursachen nicht nur

Baukosten, Betriebs- und Unterhaltskosten sondern auch Abschreibungen.

Im Hinblick auf den Haushalt 2022 können wir als SPD von einer soliden, nachhaltigen und zukunftsorientierten Haushaltsplanung sprechen und werden ihn in vollem Umfang mittragen.

Wir hoffen, dass die Pandemie uns in einem Jahr wieder mehr Handlungsspielraum lässt und wir den nächsten Haushalt wieder mutiger aufstellen können. Dann wird die SPD-Fraktion auch wieder eigene Anträge zur Weiterentwicklung einer familienfreundlichen, sozialen Stadtgesellschaft stellen.

Für die SPD-Fraktion

Dr. Irene Schneid-Horn